

Die Aufgabenstellung des Ökonomen *

I. Einführung

Der Titel meines Vortrages „Die Aufgabenstellung des Ökonomen“ ist einem Buch aus dem Jahre 1979 entlehnt, das seinerseits diesen Titel von einem Aufsatz übernahm, den ich im Jahre 1963 verfaßte und als Ansprache als Präsident der Southern Economic Association der Vereinigten Staaten vortrug. Obwohl sich meine methodologische Position während der vergangenen zwei Jahrzehnte nicht wesentlich verändert hat, ist es doch unzweifelhaft, daß sich das, was ich unter dem gleichen Titel heute zusammenfasse, in einigen wesentlichen Punkten von dem unterscheidet, was ich vor zwanzig Jahren vertreten habe. Eine vergleichende Betrachtung zwischen meinen Auffassungen damals und heute stellt sich für mich als eine interessante Aufgabe dar.

Das Hauptanliegen meiner Argumentation von 1963 gilt unverändert auch noch heute. Ich habe damals behauptet, daß die fachlichen Fähigkeiten des modernen Ökonomen nicht angemessen genutzt werden. Diese Fähigkeiten sind nicht die eines Wissenschaftlers, der angewandte Mathematik betreibt, denn Aufgabe eines Ökonomen ist nicht die Lösung eines „ökonomischen Problems“, das im rein technischen Sinne als die Zuweisung knapper

Ressourcen auf alternative Verwendungsmöglichkeiten oder Ziele definiert ist. Daß man die gesamte Forschung und Lehre in dieses Schema der Maximierung von Zielfunktionen unter Berücksichtigung von Nebenbedingungen preßt, spiegelt ein fundamentales Mißverständnis des ökonomischen Prozesses, und zwar unter den Ökonomen selbst, wider.

Unter konstruktiver Perspektive forderte mein Aufsatz von 1963 eine neuerliche und verstärkte Bemühung, den *Tauschprozeß* zu verstehen, der so breit zu definieren ist, daß er die Mannigfaltigkeit institutioneller Arrangements, innerhalb derer der Tausch stattfinden kann, umfaßt. Diese erstrecken sich vom einfachen „Zwei-Personen-Zwei-Güter-Tausch“ bis hin zu komplexen Tauschvorgängen, die auf der Ebene allgemeiner kollektiver Vereinbarungen über Regeln für die gesamte politisch-rechtliche Ordnung, d. h. für die Verfassung der Gesellschaft, ablaufen. In meiner Interpretation des Gegenstandes der Ökonomik hat die „Theorie der Märkte und des Marktprozesses“ und nicht die „Theorie der Allokation der Ressourcen“ den zentralen Stellenwert.

II. Die Ablösung des Maximierungs-Paradigmas

Ich sollte die Bedeutung des Unterschieds in der Auffassung von „Ökonomik“ als Forschungs- und Lehrgebiet, als Disziplin, ja als „Wissenschaft“, betonen. Ich möchte mich hier nicht mit subtilen Nuancen einzelner Variationen in der Methodologie beschäftigen, sondern eine grundlegende

* Vortrag anlässlich der Verleihung der Würde eines Ehrendoktors durch den Fachbereich Wirtschaftswissenschaften der Justus-Liebig-Universität Gießen an Herrn Professor Dr. James M. Buchanan am 7. Juni 1982. Der Vortrag wurde unter dem englischen Titel „What Should Economists Do: Reconsideration 1982“ gehalten. Ins Deutsche übertragen von Prof. Dr. Hans G. Monissen.

und fundamentale Alternative in der Art und Weise, wie Ökonomen *denken* sollten, herausarbeiten. In der Tat schlage ich vor, daß wir, um eine von Nietzsches treffenden Metaphern zu verwenden, die Welt durch ein anderes Fenster betrachten und interpretieren. Um es genauer zu sagen: Ich schlage vor, daß die Ökonomen ihr Interesse auf das Problem der *Ordnung* konzentrieren sollten, die, sei sie nun recht einfach oder komplex, dem immer drohenden sozialen Chaos durch die systematische Interaktion der Menschen, indem sie Tauschprozesse in Gang setzen, auferlegt ist.

Halten wir insbesondere fest, daß die Konzentration auf die sozio-ökonomische Ordnung mehr als eine bloße Neuausrichtung des Untersuchungsgegenstandes bedeutet. Sie erfordert, wie ich andeutete, einen Wandel unseres Denkprozesses, einen Wandel, der sehr viel schwieriger zu bewältigen ist als irgendeine inhaltliche Verlagerung.

Das Paradigma, welches abgelöst werden soll, ist das des *Maximierens*, das in einem ganz allgemeinen Sinn zur modernen Verkörperung des *Wirtschaftens* wurde. Ich bin mit den linguistischen und ethymologischen Vorbehalten oder Vorurteilen, die meine Aufgabe so schwierig machen, wohl vertraut. Mit dem Vorschlag, daß sich die Ökonomen vom Maximierungs-Paradigma abwenden sollten, behaupte ich gewissermaßen, daß sie aufhören sollten, „Ökonomen“ zu sein, und zwar in dem Ausmaß, wie dies eine Verknüpfung mit den Wurzeln eben des Wortes „Ökonomik“ andeutet. Wenn wir von einer *tabula rasa* ausgehen könnten, würde ich einen gänzlich neuen Begriff für unsere Disziplin vorschlagen, wobei ich persönlich sehr zufrieden mit dem der „Katalaktik“ wäre. Katalaktik ist der von Professor Hayek bevorzugte Begriff, der schon von Autoren des 19. Jahrhunderts verwendet wurde. Die

Bezeichnung Katalaktik dient meinem Anliegen insofern besonders gut, als sie die Aufmerksamkeit direkt auf unser Zentralproblem, auf die Institution des Tausches oder des Handels zwischen kontrahierenden Parteien, lenkt.

Wir müssen verstehen, warum und in welcher Weise Akteure das ausüben, was Adam Smith unsere Neigung „irgendetwas gegen etwas anderes zu tauschen“ nannte, eine Neigung, die, wie dieser im gleichen Zusammenhang bemerkte, bei allen nicht-menschlichen Lebewesen nicht vorkommt. Und wir müssen verstehen, warum durch wechselseitigen Tausch in einem Netzwerk untereinander verknüpfter, aber doch separater bilateraler Tauschbeziehungen ein koordiniertes Ergebnis oder eine Ordnung entsteht, die nicht im Erkenntnisvermögen irgendeines Teilnehmers liegt: Wir haben es hier mit den „unintendierten Folgen“ individuellen Handelns zu tun, wie Hayek es genannt hat. Diese Folgen sind der zentrale Gegenstand unserer intellektuellen Bemühungen.

Ich habe oft argumentiert, daß es nur ein „Prinzip“ in der Ökonomik gibt, nämlich das „Prinzip der spontanen Ordnung“ oder der „Koordination“. Alle anderen haben nur instrumentelle Bedeutung, wenn es darum geht, dieses zentrale Prinzip zu verstehen und zu bewerten. Es ist klar, daß es kein Maximierungsprinzip sein kann; niemand – sei er nun zentraler Akteur oder Vermittler – wünscht oder wählt den Handlungsablauf, der die Ordnung erzeugt. Es gibt weder einen Maximierer noch einen Maximanden. „Gesellschaften“, „Staaten“ oder „Kollektive“ „wählen“ nicht irgendetwas. Diejenigen, die meine Arbeiten kennen, werden wissen, daß eines meiner immer wiederkehrenden Anliegen in der wissenschaftlichen Profession in den Bemühungen verkörpert ist, die Ansichten über die Metapher der „sozialen Wahl“, der „als-ob“-Modelle der Kollekti-

ve als organische Einheiten aufzugeben. Insbesondere die „sozialen Wohlfahrtsfunktionen“ sind für mich schon immer das *eigentliche Übel* der politischen Ökonomie gewesen.

Meiner Meinung nach sind wir während der vergangenen drei Jahrzehnte dadurch weitergekommen, daß wir in unserer Disziplin Übertreibungen bei der Manipulierung nichtexistenter sozialer Wohlfahrtsfunktionen einschränkten. Public Choice, die Spezialdisziplin, mit der ich mich besonders befasse, beeinflusste sowohl die Ökonomen als auch andere Sozialwissenschaftler. Aber wenn ich vorschlage, daß sich die Ökonomen vom Paradigma des Maximierens lösen sollten, so bedeutet das für mich natürlich viel mehr als ein bloßes Aufgeben der sozialen Wohlfahrtsfunktionen.

Lassen Sie mich dieses Problem von einer anderen Seite her aufgreifen. Die Überzeugungskraft einer Mentalität, die sich in der Vorstellung einer sozialen Wohlfahrtsfunktion niederschlägt, entsteht über die natürliche Erweiterung des Maximierungsparadigmas. Dies wiederum macht direkt verständlich, daß jede intellektuelle Überwindung der Metapher der „sozialen Wahl“ wahrscheinlich nur so lange vorübergehend bleiben wird, wie das Modell des Maximierens und Ökonomisierens das umschreibt, was der professionelle Ökonom als Ausgangspunkt seines Denkens betrachtet. Uns selbst von diesem zentralen Paradigma zu lösen, das die ökonomische Theorie über ein halbes Jahrhundert lang beherrschte, ist keine einfache Aufgabe, selbst für jene, die in der einen oder anderen Weise bewußte Bemühungen in dieser Richtung unternahmen. Und sicherlich wäre es vermessen zu erwarten, daß die überwältigende Mehrheit der jetzigen Fachvertreter den Bankrott eines beträchtlichen Teiles ihres personifizierten intellektuellen Kapitals erklären würde. In einem

fundamentalen Sinne ist Ökonomie als eine „wissenschaftliche Disziplin“ in einem Ideenrahmen gefangen, der sich nach meinem Urteil im wesentlichen antithetisch zum Kern eben ihres Anspruchs auf unabhängige Autorität als eine „Wissenschaft“ überhaupt stellt. Dieser Anspruch muß im Grunde ableitbar sein aus dem Prinzip der spontanen Ordnung, das sich, wie gezeigt, nicht aus dem Maximierungsparadigma entwickeln läßt und auch nicht ohne weiteres mit diesem in Verbindung gebracht werden kann – es sei denn, man nimmt Zuflucht zu Fiktionen, wie z. B. zur Metapher der sozialen Wahl, die, wenn sie angewendet oder erweitert wird, auf eine Verletzung des Prinzips der spontanen Ordnung hinausläuft.

III. Nutzentheorie

Welche Bestandteile unserer intellektuellen Fracht müssen wir nun als unerwünschten Ballast über Bord werfen? Zuerst und vor allem können und sollten wir die Nutzentheorie in ihrer jetzigen dominanten Position aus unserem Instrumentarium herausnehmen. Dieser Vorschlag mag die Frage aufwerfen, wie Ökonomen eine „Theorie der Wahlhandlung“ ohne eine zugrundeliegende „Theorie des Nutzens“ entwickeln können. Sicherlich sind es Personen, die in der gängigen Interpretation wählen, und wir müssen versuchen zu analysieren, wie und warum sie das wählen, was sie wählen.

Lassen Sie mich hier ganz klar ausdrücken, daß ich nicht vorschlage, die Richtschnur des rationalen und zweckgerichteten Verhaltens der wirtschaftenden Akteure aufzugeben. Ich meine jedoch, daß die augenblicklich vorherrschende, auf einem nutzentheoretischen Rahmenwerk basierende Theorie in bedenklicher Weise irreführend sein kann und an sich dazu tendiert, den Gedankengang eher zu verwirren als zu

klären. Im Standardmodell treffen Personen ihre Wahl über eine Maximierung ihres Nutzens in Abhängigkeit von spezifizierten Restriktionen. Per Annahme existiert eine Nutzenfunktion unabhängig vom Wahlverhalten, eine Funktion, die Argumente für solche „Güter“ enthält, denen das Individuum einen Wert beimißt, und die die relevanten Substitutionsmöglichkeiten zwischen diesen „Gütern“ (oder „Ungütern“) angibt.

Was aber bedeutet in dieser Konstruktion der Begriff „Wahl“? Es gibt anscheinend eine exogene und bestimmte „Lösung“ für das Maximierungsproblem einer Person. Aber was bedeutet Wahl, wenn ihr nur diese Bedeutung zukommt? In dem Maße, in dem die Präferenzen unabhängig von der Wahlhandlung existieren, wird keine initierende Aktion entfaltet. Die Wahlhandlung ist vollkommen un kreativ; der Mensch reagiert passiv auf ökonomische Stimuli; die Theorie ist eher eine Theorie der Reaktion als eine der Aktion.

Die bloße Leere der Konstruktion als solche mag nur wenige Bedenken erzeugen, aber die Implikationen des Modells sind für jedes umfassende Verständnis des ökonomischen Prozesses schädlich. Wenn Nutzenfunktionen unabhängig vom Akt des Wählens existieren, so folgt daraus indirekt, daß die Individuen in der Lage sind, alle potentiellen Ergebnisse (oder Ergebnisbündel) unabhängig voneinander in eine Ordnung zu bringen. Nutzen- oder Präferenzfunktionen können so beschrieben, manipuliert und algebraisch sowie geometrisch dargestellt werden, als ob sie Realitäten wären. Für den beobachtenden Ökonomen werden Menschen zu Präferenzfunktionen.

Nutzenmaxima für Individuen lassen sich konzeptionell unabhängig von den gewollten Handlungen der Individuen definieren. Sicherlich werden einige der Analytiker von Wahlhandlungen – wobei sie indessen

zu Tautologien greifen – Präferenzverschiebungen unterstellen, wenn immer diese angebracht erscheinen. Aber die offensichtlichen Grenzen des Modells tragen wenig dazu bei, jene konzeptionellen Erweiterungen zu verhindern, die mit Aggregation und Vergleich verknüpft sind. Moderne Ökonomen stützen sich natürlich nicht auf die groben Aggregationsverfahren von Bentham und seinen Nachfolgern. Die Techniken der modernen Ökonomen sind sehr viel verfeinerter. Sie unterstellen nicht die Benthamsche kardinale Messung des individuellen Nutzens, sondern sie verwenden stattdessen die von Neumann und Morgenstern, und addieren auch nicht die Nutzen der einzelnen Personen. Nichtsdestoweniger verzichten Ökonomen selten auf Versuche, Marktsituationen als nicht-optimal im Pareto-Sinn zu klassifizieren, ein Verfahren, das notwendigerweise die geforderte Existenz von Nutzenfunktionen unabhängig von individuellen Wahlhandlungen einbezieht. Dies bedingt möglicherweise die gleichen Implikationen für staatlich kollektive Eingriffe wie jene, die aus den früheren Modellen des naiven Utilitarismus ableitbar waren.

IV. Die Allokation der Ressourcen

Die gesamte Vorstellung über eine „optimale“ oder „effiziente“ Allokation der Ressourcen, selbst wenn sie im Hinblick auf die strenge Pareto-Norm als höchst geeignet erscheint, ist mit der Implikation verknüpft, daß eine solche Allokation vollkommen unabhängig von dem Interaktionsprozeß existiert, in den die Personen einbezogen sind. Solch eine Schlußfolgerung könnte nicht gezogen werden, wenn die Nutzentheorie ausgeklammert bliebe und für die Individuen lediglich Rationalität der Wahlhandlung unterstellt würde. „Eine Situation ist optimal oder effizient, wenn sie frei und aus eigenem Antrieb ge-

wählt wurde“. Diese Definition gründet nicht auf einer postulierten Existenz von unabhängig existierenden Nutzenfunktionen. Natürlich entsteht über jeden Interaktionsprozeß eine bestimmte Allokation von Ressourcen, doch sollte sich das Effizienzkriterium auf die Bewertung des Prozesses selbst und nicht auf die Struktur der Endzustände oder Ergebnisse beziehen. Es mag, ohne völlig irreführend, angehen, eine Allokation als „ineffizient“ zu bezeichnen, wenn wir ausdrücken wollen, daß die Ressourcen nicht den am höchsten bewerteten Verwendungen zugeflossen sind. Voraussetzung dafür ist allerdings, daß wir vorsichtig genug sind, darauf zu bestehen, daß unsere Hypothesen über die „Ineffizienz“ ausschließlich aus unserer Identifizierung offenkundiger Beschränkungen des freiwilligen Tausch- oder Vereinbarungsprozesses zwischen Personen und nicht aus irgendeiner Bewertung der Struktur der Ressourcenverwendung selbst abzuleiten sind.

Es wäre daher naheliegend, auf die üblichen Hinweise auf die „Allokation der Ressourcen“ als solche in einem Lehrbuch über Katallaktik, das die Lehrbücher über die gegenwärtig praktizierte „Ökonomik“ ersetzen würde, zu verzichten. Die Betonung des Allokationsaspekts, der ein halbes Jahrhundert lang einen großen Teil der Mikroökonomik dominiert hat, entsteht mehr oder weniger „folgerichtig“, sobald die Abgrenzung der Disziplin im Sinne des „ökonomischen Problems“, nämlich der Allokation knapper Ressourcen auf konkurrierende Zwecke oder Ziele, vollzogen wird. Diese Abgrenzung legt der Analyse notwendigerweise eher eine rechnerisch-mechanistische als eine verhaltensorientierte Ausrichtung nahe. Meiner Meinung nach sollten wir unser Interesse wieder auf das wenden, was Adam Smith das „System der natürlichen Freiheit“ nannte, ein Ausdruck, der die Aufmerksamkeit sowohl auf

die systematische Natur des Interaktionsprozesses der Menschen lenkt als auch auf das Erfordernis, den Menschen ihre Freiheit zum Handeln zu belassen.

V. Ökonomik und Politik

Der Tauschansatz, den ich für unsere Wissenschaft vorschlage und wie Hayek Katallaktik nenne, zieht eine vollkommen andere Trennungslinie zwischen den einzelnen Disziplinen der Sozialwissenschaften als die, welche in diesem Jahrhundert entstanden ist. Nach dem üblichen Schema analysiert die Wirtschaftswissenschaft die Allokation von Ressourcen auf Märkten, die Politikwissenschaft demgegenüber die Allokation von Ressourcen über staatliche Institutionen. In dem Ansatz, den ich hier vertrete, ist die Katallaktik als Wissenschaft vom Tausch umfassend genug, um alle freiwilligen Interaktionen einzuschließen, ob diese sich nun auf der Ebene des bilateralen Handels befinden oder auf der äußerst komplexen und umfassenden Ebene der kollektiven Vereinbarung. Das heißt, daß kollektives Handeln ganz natürlich in das System der Katallaktik einbezogen wird, solange dieses Handeln aus der unabhängigen Wahl der teilnehmenden Individuen ableitbar ist. Es gibt keine willkürliche Trennung in marktähnliche und kollektive Organisationsformen.

Der politischen Wissenschaft verbleibt in dieser Abgrenzung nur noch die Analyse ungewollter oder erzwungener Beziehungen zwischen Personen, eine Definition des Untersuchungsobjekts, die konsistent ist mit dem, was viele Politikwissenschaftler für ihre eigene Disziplin vorschlagen. Die Katallaktik jedoch setzt keine willkürliche Abgrenzung zum Phänomen dessen, was ich im eigentlichen Sinne mit *politischen* Beziehungen bezeichnen würde. Derartige Beziehungen lassen sich zumindest in gewissem Grade auch in marktähnlichen In-

teraktionen aufzeigen; kollektives Handeln ist nicht eindeutig so charakterisiert, daß es nur für politische Beziehungen konstitutiv wäre.

Die Politikwissenschaften beschäftigen sich zu Recht mit dem Phänomen der Macht – im Sinne der Macht des Menschen über den Menschen. Die Möglichkeit des Zwangs birgt das Vorhandensein von Macht in sich. Im Vergleich und in der Gegenüberstellung dazu wird die Konzeption der „ökonomischen Macht“ im höchsten Maße unscharf. In dem Ausmaß, in dem ich mich freiwillig mit einem anderen Akteur auf einen Tausch einlasse, initiiere ich eine wechselseitige Tauschbeziehung, die mit Recht Gegenstand der Analyse der Disziplin der Katallaktik ist. In dem Ausmaß, in dem hierbei für mich die Freiheit des Ausscheidens aus dieser Beziehung zu niedrigen Kosten gesichert bleibt, bin ich nicht dem Zwang durch den anderen Akteur unterworfen. Deshalb besitzt der andere wenig oder gar keine Macht über mich. Es existieren kaum Elemente von dem, was sich als „politisch“ im eigentlichen Sinne charakterisieren ließe. Natürlich ist der Austritt aus vielen freiwilligen Beziehungen nur zu hohen Kosten möglich. Ist dies der Fall, so werden politische Elemente wirksam und damit ebenfalls Elemente der Macht.

Die hier vorgeschlagene Unterscheidung zwischen einer Tausch- und einer Machtbeziehung, d. h. zwischen einem Problem der Katallaktik und der Politikwissenschaft, ist hilfreich bei der Festlegung einer normativen Richtschnur für die Bewertung von institutionell-organisatorischen Alternativen: Die Macht des Menschen über den Menschen ist etwas, was minimiert werden sollte; Freiheit ist demgegenüber etwas, was maximiert werden sollte. Der Grad der Freiheit wird ausgedehnt, wenn die Tauschbeziehungen so erweitert werden können, daß sie die Gebiete der In-

teraktion, die vorher durch Zwangsbeziehungen geregelt waren, miteinbeziehen; die Freiheit erfährt Einschränkungen, wenn eine Tauschbeziehung durch eine Machtbeziehung ersetzt wird.

Meine Ausführungen sollen nicht nahelegen, daß meine Behandlung des vorgegebenen Themas „Die Aufgabenstellung des Ökonomen“ notwendigerweise ein normatives Vorurteil ausdrückt. Indem ich sage, daß die zweckmäßige Charakterisierung unserer Disziplin die der Katallaktik, der Wissenschaft vom Tausch, ist, grenze ich eine Reihe von institutionellen Arrangements ab, die sich für eine gezieltere Analyse anbieten. Es existiert eine natürliche Übereinstimmung zwischen diesen Institutionen und solchen, in denen die Individuen ihre Handlungsfreiheit im üblichen Sinn bewahren. Aber die normative Ausrichtung ergibt sich erst dann, wenn man davon ausgeht, daß die individuelle Freiheit selbst ein besonders hoch zu bewertendes Ziel ist. Es gibt keine notwendige Verbindung zwischen einer positiven Analyse institutioneller Interaktionen und einem solchen Schritt.

VI. Die Mathematik der Katallaktik

Ich komme nun zur Frage der mathematischen Instrumente, die sich für solche Forscher und Lehrer als zweckmäßig anbieten, die sich traditionellerweise Ökonomen nennen. Ablösung des Maximierungsparadigmas bedeutet Aufgeben der Mathematik der Maximierung, d. h. der Differentialrechnung. Aber das geeignete mathematische Instrumentarium zur Analyse komplexer Tauschprozesse wird sehr viel schwieriger und ist möglicherweise noch gar nicht verfügbar. Beim Stande der heutigen Mathematik scheinen die Verfahren, die der Spieltheorie zuzuordnen sind, in besonderer Weise geeignet. Der spieltheoretische Ansatz ist deshalb besonders nütz-

lich, weil er die Aufmerksamkeit auf die Suche nach Lösungen und Lösungskonzepten richtet, die aus einem Spiel im Rahmen festgelegter Regeln hervorgehen. Die Vermutung, daß die Lösung, die aus irgendeinem speziellen Spiel oder auch aus einem Muster von Spielen entsteht, als „optimal“ oder „effizient“ klassifiziert werden kann, ist unbegründet. Die Analyse der Beziehung zwischen Regeln und Lösungen kann dabei im wesentlichen von wertgeladenen Begriffsinhalten freigehalten werden. Die Spieltheorie erscheint weiterhin nützlich, weil sie die Aufmerksamkeit auf die Spielregeln oder auf das institutionelle Rahmenwerk als Ziel möglicher Reform oder Veränderung richtet. Ein Spiel zu „verbessern“ bedeutet, bestimmte Regeln durch andere zu ersetzen, welche „bessere“ oder „interessantere“ Ergebnisse liefern. Der Ansatz lenkt somit die Aufmerksamkeit von jedem Versuch ab, sich direkt mit den Ergebnissen oder Endzuständen unabhängig von den Regeln zu beschäftigen.

Wenn ich behaupte, daß die Spieltheorie vielleicht das beste verfügbare mathematische Instrument für die Analyse und das Verständnis von Tauschprozessen liefert, sage ich damit nicht, daß die Möglichkeit der Anwendung dieses mathematischen Zweigs vollständig ausgenutzt worden ist. In ihrer eher ermüdenden Suche nach speziellen Lösungen, wie es z. B. im Oligopolfall deutlich wird, scheint mir die Spieltheorie unzweckmäßig angewendet zu werden. Die Suche nach einem verallgemeinerten Lösungskonzept, wie es im sog. Kern oder in verwandten Konzepten deutlich wird, ist hier sicherlich der Weg, der ein höheres Maß an Einsicht verspricht.

VII. Gleichgewicht

Einige moderne Ökonomen, deren Arbeiten ich bewundere, und die vermutlich den

meisten meiner Anmerkungen zustimmen, würden in der Ablösung von Teilen der konventionellen Lehre noch weitergehen. Sie sähen es lieber, wenn wir die Gleichgewichtsmetapher als zentralen Bestandteil unseres Handwerkszeuges ganz aufgäben. Nach meiner Auffassung würde dies jedoch zu weit gehen. Die Gleichgewichtskonzeption, wenn sie nur richtig angewendet wird, ist bei unserem analytischen Vorgehen durchaus hilfreich. Vorsicht muß natürlich bei der Definition des Gleichgewichts walten, damit sie konsistent mit der analytischen Ausrichtung auf den Tauschprozeß bleibt. In ganz einfacher Weise ist Gleichgewicht unter Bezug auf das Verhalten der Akteure als die Position definiert, die erreicht wird, wenn der Tauschprozeß zu einem Ende kommt. In wissenschaftlicher Sprache ausgedrückt, bedeutet Gleichgewicht die Koordination der Pläne verschiedener Personen, eine Definition, die Hayek benutzt hat.

Vorsicht muß auch walten, um sicher zu gehen, daß das Gleichgewicht ein Konzept bleibt, das uns bei der Analyse der Prozesse selbst hilft, und daß die Konstruktion nicht zur Beschreibung möglicher beobachtbarer Konstellationen der realen Welt benutzt wird. Die *gleichgewichtigen* Tendenzen oder Kräfte und nicht die Charakteristika des Gleichgewichts selbst sind die Probleme, auf die eine korrekte Analyse konzentriert werden muß.

Aus dieser Perspektive folgt, daß das Problem der Existenz eines Gleichgewichts und damit die Problematik von Existenzbeweisen in meinem Lexikon der Ökonomik nicht notwendigerweise einen hohen Stellenwert einnehmen. Andererseits schließt der vorgeschlagene Ansatz den Gebrauch der modernen allgemeinen Gleichgewichtstheorie, in angemessener Weise qualifiziert und modifiziert, natürlich nicht aus.

VIII. Schlußfolgerungen

In einem kurzen Vortrag kann ich kaum mehr tun, als eine Skizze meiner Behandlung des Themas „Die Aufgabenstellung des Ökonomen“ zu entwickeln. Ich habe hier kaum mehr getan als nahezulegen, daß sie die Fragestellungen anders angehen sollten als sie es tatsächlich tun. Ich möchte aber diese Ausführungen mit einer optimistischen Anmerkung schließen. Die Ausrichtung hat sich teilweise in die Richtung geändert, die ich hier vorgeschlagen habe. Moderne Theoretiker unseres Fachs beginnen die angemessenen Fragen zu stellen. So wird die Bedeutung der kreativen nichtpassiven Wahlhandlungen langsam in die ökonomischen Analysen einbezogen. Das Werk von G. L. S. Shackle über Wahlhandlungen wird heute in weiten Kreisen stärker beachtet als in den früheren Jahren, und F. A. Hayek hat endlich die weltweite Anerkennung gefunden, die er schon lange verdiente. Ganz allgemein wird dem Ansatz der Österreichischen Schule und hier insbesondere Israel Kirzners Untersuchung über das Unternehmertum verstärkte Aufmerksamkeit gewidmet. Moderne allgemeine Gleichgewichtstheoretiker wie Frank Hahn, Sidney Winter und Richard Nelson zeigen in ihren Veröffentlichungen erfrischend neuartige Perspektiven auf. Meine eigenen Arbeiten, die sich vor allem an dem Werk Knut Wicksells orientieren und in denen die Vorstellungen über ökonomische Reformen weitgehend über Änderungen der politischen Verfassung bzw. des politisch-gesetzlichen Rahmenwerks, in dem Tauschprozesse stattfinden, entwickelt werden,

finden sowohl in den Vereinigten Staaten als auch in anderen Ländern in steigendem Maße Beachtung.

Ich möchte mit einigen bestätigenden Beobachtungen für meine optimistische Vermutung über die Richtung der Änderung der Perspektiven in unserer Disziplin schließen: Es ist heute durchaus möglich, einen vernünftigen Dialog über Themen zu führen, über die man sich noch vor zwanzig Jahren lustig gemacht hätte: Regeln für ein ausgeglichenes staatliches Budget, Warengeld, kompetitives Geldsystem, freies Bankwesen, Deregulierungen, Abbau des Wohlfahrtsstaates, politische Zeithorizonte – wirtschaftspolitische Fragestellungen, die in der alkyonischen Phase der keynesianischen Vorherrschaft kaum Beachtung oder gar Zustimmung hätten finden können.

Die Fragestellungen selbst sind natürlich nicht direkt mit der Richtungsänderung verbunden, die ich für die ökonomische Theorie fordere. Aber es besteht hier eine indirekte Beziehung. Die Ära des vom Keynesianismus geleiteten Dirigismus fand ihre intellektuellen Wurzeln in der auf Maximierung ausgerichteten ökonomischen Theorie, die in den frühen und mittleren Jahren dieses Jahrhunderts entstand. Sowohl faktische Ereignisse als auch neue Ideen brachten die Ära des Dirigismus zum Stillstand. Es ist nun an der Zeit, daß die Ideen, die an den Hochschulen gelehrt und in den Zeitschriften publiziert werden, in stärkerem Maße mit den offensichtlich werdenden Gegebenheiten des späten 20. Jahrhunderts in Übereinstimmung gebracht werden.